

Neue Eigentumsförderung: Warum Jung kauft Alt die Wohnungskrise nicht löst

Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert die Eigentumsförderung „Jung kauft Alt“ als untauglich für die Lösung der Wohnungsnot.

Berlin (ots)

Die Einführung des neuen Förderprogramms „Jung kauft Alt“ (JkA) hat in Deutschland für hitzige Diskussionen gesorgt. Ziel der Ampel-Koalition ist es, Familien mit Kindern beim Erwerb von älteren Immobilien zu unterstützen. Kritik kommt jedoch von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die diese Maßnahme als unzureichend empfindet, um die aktuelle Wohnungsnot zu lindern.

Barbara Metz, die Bundesgeschäftsführerin der DUH, äußert sich deutlich zu den Maßnahmen der Regierung. Ihrer Meinung nach ist das Programm nicht der richtige Weg, um die drängenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu lösen. Die Logik, dass durch die Verlagerung von Menschen auf das Land der Wohnungsstress in den Städten verringert werden kann, hält sie für gefährlich. Stattdessen fordert sie, dass der Fokus auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in städtischen Gebieten gelegt wird.

Kritik an der Umsetzung der Eigentumsförderung

Metz argumentiert, dass der Ansatz, Bestandsimmobilien vor Neubauten zu priorisieren, grundsätzlich richtig ist. Allerdings macht die DUH auf die massiven Kürzungen im Klimafonds aufmerksam. Sie befürchtet, dass ein neues Förderprogramm,

das sich ausschließlich auf die Bildung von Eigentum konzentriert, ohne signifikante Einsparungen bei den CO₂-Emissionen zu erzielen, nicht akzeptabel ist. Der Mangel an einer sozial gerechten Sanierungsförderung gefährdet laut Metz nicht nur die Qualität der Wohnverhältnisse, sondern kommt auch den benachteiligtesten Gruppen in der Gesellschaft nicht zugute.

Die neue Förderung, die am 3. September 2024 in Kraft tritt, richtet sich an Familien, die mindestens ein Kind haben. Damit die gewünschten finanziellen Mittel bewilligt werden können, muss das für den Kauf vorgesehene Gebäude einen Energieausweis mit der Effizienzklasse F oder schlechter vorweisen. Diese Vorgaben sollen sicherstellen, dass die Immobilien auf einen umweltfreundlicheren Standard gebracht werden. Ziel ist es, dass die Gebäude mindestens das Niveau eines „Effizienzhauses 70“ erreichen und mit einer erneuerbaren Wärmeversorgung ausgestattet sind.

Zusätzlich können die Familien auf Gelder aus der „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ zurückgreifen, um die nötigen Sanierungsarbeiten durchführen zu können. Diese Doppel-Strategie wird von der DUH jedoch nicht als ausreichend erachtet. Die Belange junger Familien sollten ihrer Meinung nach in der Entwicklungsdiskussion nicht zu kurz kommen. Die DUH schlägt vor, dass eine besser ausgestattete und leicht zugängliche Sanierungsförderung das nötige Anreizsystem bieten könnte, um ältere Gebäude in einen zeitgemäßen und umweltfreundlichen Zustand zu versetzen.

Die Debatte um das Programm verdeutlicht die Herausforderungen, denen sich die Regierung gegenüber sieht. Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Wohnraum und der Forderungen nach mehr Klimaschutz müssen langfristige Lösungen gefunden werden, die sowohl ökonomische als auch ökologische Aspekte berücksichtigen. Die Meinungsverschiedenheiten über die Wirksamkeit von Programmen wie „Jung kauft Alt“ werfen Fragen auf, die weit über die Eigentumbildung hinausgehen und die zukünftige Ausrichtung der Wohnungspolitik maßgeblich beeinflussen können.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de